

# Indiens Superwahl 2009

Renaissance des *Congress* als „Volkspartei“ oder als Erbdynastie der Gandhis und Nehrus?

Bernd Basting

**Die bevölkerungsreichste Demokratie der Welt hat gewählt. 714 Millionen Menschen waren im April/Mai aufgerufen mit ihrer Stimme die 15. Lok Sabha Indiens zu bestellen. Der überraschende Sieg der Kongresspartei ist frappierend.**

Indien hat die Staatsform einer parlamentarischen, föderalen Demokratie. An ihrer Spitze steht der Staatspräsident – bzw. derzeit eine Staatspräsidentin, Pratibha Patil, die Dr. Abdul Kalam, den Vater der indischen Atombombe, abgelöst hat. Ähnlich wie dem Bundespräsidenten in Deutschland eignet dem Amt vorrangig repräsentative Funktion, ohne wirkliche, substantielle politische Macht. Von seinem verfassungsmäßigen Vetorecht für eine Reihe von Gesetzesarten hat er de facto in der bisherigen Geschichte des unabhängigen Indien erst wenige Male Gebrauch gemacht.

Die Exekutivmacht auf Bundesebene ist der Premierminister und sein Kabinett. Das Kabinett besteht aus Ressort-Ministern, Junior-Ministern und Staatssekretären.

Die Legislative konstituiert sich – in Anlehnung an das „Westminster-Modell“ der ehemaligen Kolonialmacht – aus zwei Kammern: dem Oberhaus *Rajya Sabha* sowie dem Unterhaus *Lok Sabha*. In der *Rajya Sabha* wirken Vertreter der Landesregierungen plus (vom Staatspräsidenten) ernannte Honoratioren, Wissenschaftler, Künstler, hohe Militärs – Persönlichkeiten, die sich in exzeptioneller Weise um das Land bereits verdient gemacht haben. Die *Lok Sabha*, die Volkskammer, rekrutiert sich hingegen aus in Wahlkreisen direkt gewählten Abgeordneten.

Mittels der *Rajya Sabha* partizipieren die 29 Unionsstaaten, entsprechend

dem föderalen Verfassungsprinzip, an der politischen Zentralmacht in Neu-Delhi. Zwar besitzt sie kein Initiativrecht, darf aber im legislativen Prozess bei über 40 Prozent aller Gesetzes-Verabschiedungen ihr Veto einlegen und substantielle Änderungsvorschläge einbringen.

Jeder Unionsstaat verfügt zudem über seine eigene gewählte Landesregierung und ein eigenes Landesparlament. Eine Legislaturperiode währt auf Bundes- wie Länderebene fünf Jahre.

In Indien herrscht – wieder nach dem Vorbild Großbritanniens, das einfache Mehrheitswahlrecht. Jahrzehntelang war dies ein Garant für stabile politische Verhältnisse, aber auch für die Dominanz einer bestimmten Partei, des *Congress*, die als stärkste Partei vom Wahlrecht besonders begünstigt wurde. Jedem Unionsstaat steht bei einer *Lok Sabha*-Wahl eine bestimmte Anzahl an potentiell wählbaren Mandaten zu, die sich nach Größe und Bevölkerungszahl desselben ausrichtet. So kommen dem großen nördlichen Bundesland Uttar Pradesh mit seinen über 180 Millionen Einwohnern 80 Mandate zu. *In toto* waren bei den Wahlen 2009 für das indische Zentralparlament in Neu-Delhi 543 Sitze zu bestellen.

## Der Wahlprozess 2009

Eine Parlamentswahl in Indien, vor allem auf zentraler Ebene, ist immer

eine große logistische, administrative und auch sicherheitspolitische Herausforderung, eine wahlprozessuale Leistung der Extraklasse. So waren dieses Mal im April/Mai ganze 714 Millionen Menschen berechtigt, an der Wahl teilzunehmen. Das aktive Wahlrecht beginnt mit dem 18. Lebensjahr, das passive mit dem 21.

58 Prozent aller Inder beteiligten sich diesmal daran und frequentierten die 700 000 Wahlbüros. Faktisch strömten somit bei den fünf regional verteilten Wahlgängen zwischen dem 12. April und dem 13. Mai 2009 406 Millionen zur Wahlurne. Da es in der Vergangenheit nicht selten zu unerklärlichem Verschwinden von Wahlurnen und zur Manipulation von Stimmabgaben gekommen war, kam diesmal modernste „Wahl-Technologie“ zum Einsatz, wie fälschungssichere Identitätskarten und elektronische Wahltafeln. Wegen der noch immer hohen Zahl von Analphabeten werden die Wahltafeln nicht nur mit den Namen der Parteien, sondern auch mit deren Symbolen geziert; neben den bekannten Symbolen für den *Congress* und die *Bharatiya Janata Party* – Weiße Hand und Lotusblüte – fanden sich so exotische Zeichen wie Kamel, Elefant, Wagenrad, Wassereimer, Wasserpumpe, Telefon, Grammophon oder Leiter und Stuhl.

5 000 Kandidaten aus über 300 Parteien buhlten um die Gunst des hochpolitisierten indischen Wahlvolkes. Darunter große nationalen Parteien

wie *Congress Party*, die hindu-nationale *Bharatiya Janata Party* (BJP-Indische Volkspartei), die sozialdemokratische *Janata Dal* oder die beiden kommunistischen Parteien *Communist Party of India* und *Communist Party of India (Marxist)*. Wichtig sind auch die regionalen Parteien, die vornehmlich in einem bestimmten Unionsstaat antreten und traditionell dort stark sind, wie die *All India Dravida Muntetra Kazhagam-AIDMK* in Tamil Nadu, die *Telugu Desam Party-TDP* in Andhra Pradesh, die Sikh-Großbauern-Partei *Akali Dal* im Punjab oder die Dalit-Partei *Bahujan Samaj Party* und die *Samajwadi Party* in Uttar Pradesh.

Trotz solcherart multipler Parteienlandschaft gestaltete sich das aktuelle Quorum primär als eine Konkurrenzveranstaltung zweier jeweils von den großen nationalen Parteien *Congress* und *BJP* angeführten Wahlbündnisse: der *United Progressive Alliance* sowie der hindu-national dominierten *National Democratic Alliance*, in personam Manmohan Singh versus Lal Krishna Advani.

## Das Wahlergebnis

Das Ergebnis dieser 15. *Lok Sabha*-Wahlen ließ an Eindeutigkeit nichts vermissen:

Die *United Progressive Alliance* errang 261 Mandate, wovon auf die *Congress Party* allein 206 entfallen. Die *National Democratic Alliance* erhielt 157 Mandate, die sie tragende *BJP* 116 Sitze. Zwischen den beiden kompetitiven Wahlbündnissen besteht somit eine Differenz von 104 Mandaten, zwischen den sie dominierenden Parteien *Congress* und *BJP* von 90 Sitzen. Damit ist die *Congress Party* und ihre Partner der profilierte Wahlsieger, die *BJP* und ihre Kombattanten der deutliche Wahlverlierer.

Noch enttäuschender fiel das Abschneiden der mit vielen Ambitionen angetretenen so genannten Dritten Front aus, einem Zusammenschluss mehrerer Dalit- und Niedrigkastigen-

Parteien, unter Führung der *Bahujan Samaj Party-BSP* aus Uttar Pradesh. Deren engagierte Hauptaktivistin Mayawati hatte sich bereits als künftige Premierministerin Indiens gesehen – doch wurde sie von der Wählerschaft mit bescheidenen 21 Sitzen für ihre Partei abgestraft.

Auch die von der *Communist Party of India (M)* beherrschte Linksfront wurde von den Wählern mit ernüchternden 24 Sitzen abgefertigt – dem schlechtesten Ergebnis seit 1951(!). 2004 hatte man noch gewonnene 61 Mandate bejubeln können.

## Comeback der „Volkspartei“ Kongress?

Die Partei Gandhis und Nehrus – der *Congress* – wird also in der nun beginnenden Legislaturperiode für fünf Jahre eine stabile Mehrheit im indischen Parlament besitzen und – mit einigen wenigen Partnern – eine starke Regierung bilden können. Sie erfährt damit ein unerwartetes Comeback als „Volkspartei“. Immerhin ist sie von 116 Millionen Indern gewählt worden, mehr als einem Viertel der 406 Millionen, die *de facto* ihre Stimme in den Wahlbüros abgegeben haben. Sie muss nun weder eine „Zwangskoalition“ mit den Kommunisten, noch mit den kleinen Parteien eingehen, die vornehmlich Partikularinteressen religiöser, kastenorientierter oder ideologischer Art repräsentieren; darunter hatte sie in der vorhergehenden Regierungsperiode stark gelitten. Das Regierungshandeln wird jetzt für den alten und neuen Premierminister Manmohan Singh wesentlich freier und flexibler.

Die Hindu-Nationalisten, die Kommunisten, die Regional- wie die Kasten- und Dalitparteien haben nicht den Beifall der Mehrheit des riesigen indischen Wahlvolkes angezogen; sie alle haben starke Verluste erlitten.

Der sich seit Mitte der neunziger Jahre abzeichnende Trend in der poli-

tischen Kultur Indiens, nämlich eine Transformation des politischen Systems von einem *dominant party system* in ein *multi party system*, in dem eine national bedeutende Partei wie die *BJP* oder der *Congress* nur noch in einer Koalition aus vielen Parteien (12-21) überhaupt regierungsfähig sein konnte, scheint sich aktuell wieder umzukehren: der *Congress* ist erneut ähnlich stark wie zu früheren Zeiten und benötigt nurmehr wenige Mitstreiter, um eine Parlaments- und damit Regierungsmehrheit zu generieren.

Fast überall auf der Welt spielen die Akteure auf der politischen Bühne eine wichtige Rolle. Deren Beliebtheitsgrad ist – häufig unabhängig von der Partei, die sie vertreten – ein relevantes Kriterium bei der Wahlentscheidung des Bürgers. In Indien ist das nicht anders. So trug das gute Image des Spitzenkandidaten und seiner führenden Wahlkampf-Mannschaft viel zum hervorragenden Abschneiden des *Congress* bei. Manmohan Singh profitierte nicht nur vom traditionellen Bonus des bisherigen Amtsinhabers, sondern gilt bei der Mehrheit der Inder als seriös, unideologisch-pragmatisch, säkular, unkorrupt, moderat, ausgleichend-integrierend, als ausgewiesener Wirtschaftsfachmann, als jemand mit viel Lebens- und politischer Erfahrung sowie als international hoch angesehen.

In Zeiten der auch Indien erfassenden globalen Wirtschaftskrise – das indische BIP ist in den letzten sechs Monaten von 8,5 auf 5,1 Prozent gefallen – ist ökonomische Kompetenz für die Bevölkerung ein hoher Wert; ebenso internationales Renommee, in Zeiten wieder zunehmender internationaler Konflikte und Spannungen.

Auch den Singh im Wahlkampf unterstützenden *Congress*-Akteuren wie Sonia Gandhi und ihrem Sohn Rahul genießen allgemein ein hohes Ansehen. Die Witwe des 1991 ermordeten

Rajiv Gandhi und die Schwiegertochter Indira Gandhis hat sich nach ihrer Ablehnung des Premierminister-Amtes 2004 weiterhin als eine engagierte und ernsthafte Partei-Führerin im Parlament hervorgetan und endgültig das Etikett einer „Italienerin“, die Indien fremd ist, abgeschüttelt. Ihre Tochter Priyanka und vor allem ihr Sohn Rahul zeigten sich im Wahlkampf überaus engagiert, am Volke und an der Sache orientiert; Rahul gilt als intelligent, jung, dynamisch, zukunftsorientiert, eloquent, reformerisch, als Sicherheit ausstrahlendes Nachwuchs-Mitglied der allseits beliebten Nehru-Gandhi-Dynastie. Viele wollten in ihm schon den neuen Premierminister sehen, doch Rahul hält sich bisher noch eher bescheiden im Wettbewerb um machtvoll Positionen. Man geht jedoch allgemein davon aus, dass er derzeit gezielt als Nachfolger für Manmohan Singh im Premierministeramt aufgebaut wird. Schon jetzt spielen er, seine Mutter und seine Schwester eine gewichtige Rolle im politischen Elite-Personal des größten Landes in Süd-asien und perpetuieren die lange Tradition der Wahl-Dynastie der Nehrus und Gandhis. Die damaligen Protagonisten der Familie – angefangen mit dem ersten Premierminister Indiens, Jawarhalal Nehru, über dessen Tochter Indira Gandhi, deren Söhne Sanjay und Rajiv – hatten bereits nachhaltig die politische Kultur und Machtformationen in Indien geprägt; dessen italienisch-stämmige Gattin Sonia sowie schließlich deren Kindern Priyanka und Rahul setzen heute die Tradition wirksam und bei der Bevölkerung beliebt fort.

Demgegenüber machte sich das Image des für Singh bedeutendsten Gegenkandidaten Lal Krishna Advani relativ schlecht aus. Der langjährige frühere Innenminister und anti-muslimische Hetzer der hindu-nationalistischen Kampagnen und Propaganda-Aktionen (z.B. der „Ziegelstein-Kampagne“ für den Bau eines Ram-Tempels in Ayodhya) der 1990er Jahre gilt als ideologisch ra-

dikal und polarisierend. Dazu trugen zuletzt seine heftigen Anti-Pakistan-Verlautbarungen im Zuge der Terror-Anschläge von Mumbai bei. Doch das zog diesmal bei den Wählern nicht: Advani gilt als rückwärtsgewandt, unsozial, elitär, verbraucht und ausgebrannt, und nicht zuletzt als wirtschaftspolitischer Analphabet. Das schlechte Bild Advanis in der Öffentlichkeit korrespondiert mit dem anderer populärer BJP-Wahlkämpfer wie Narendra Modi, dem Chief Minister von Gujarat, oder Atal Behari Vajpayee, deren Sympathie-Werte (laut einer jüngsten umfänglichen Volksbefragung des *Centre for Social Development Studies* – CSDS, Delhi) auf zwei bzw. drei Prozent gesunken waren.

Die Wähler belohnten dagegen die makroökonomisch erfolgreiche Wirtschaftspolitik der *Congress*-geführten Regierung 2004-2009, mit durchschnittlich 8,5 Prozent BIP-Wachstum in der Halbdekade; ein ansehnliches Wachstum auch des Agrar-Sektors von drei bis vier Prozent im gleichen Zeitraum; ein Eindämmen der Inflation (von 17 Prozent 2008 auf zuletzt 1,5 Prozent); populäre Armutsbekämpfungsprogramme, wie den „Schuldentilgungs-Beihilfen“ für 43 Millionen Bauernfamilien; oder einem aufwendigen staatlichen „Job-Beschaffungs-Programm“, durch das 44 Millionen Bauernfamilien in Lohn und Brot kamen; ein effizientes innenpolitisches Krisenmanagement der Vorgänger-Administration, vor allem evident durch das konfliktmoderierende nationale wie internationale Agieren im Zuge des Terrors von Mumbai. Der *Congress* reüssierte zudem in vormals BJP- oder Regionalparteien-dominierten Unionsstaaten Nord- und Südindiens wie Rajasthan, West-Bengalen, Madhya Pradesh und Andhra Pradesh. Es gelang ihm, in vormals BJP-dominierten Wählerschichten einzudringen. Die Mehrheit der wohlhabendsten 20 Prozent der indischen Bevölkerung bzw. der städtischen Mittelschicht wählten *Congress*.

Allgemein herrschte in der Bevölkerung auch ein ausgeprägter Wunsch nach einer stabilen Regierung vor, weshalb sie den vorherigen fragilen Vielparteien-Koalitionen eine Absage erteilten. Auch Radikalismus und hindu-nationalistische, katenorientierte oder ideologische Hetzpropaganda lehnte sie überwiegend ab, in stärkerem Maße als früher.

### Die neue Regierungsmannschaft

Neben dem alten und neuen Regierungschef Manmohan Singh werden die wichtigsten Ämter im Kabinett wie folgt besetzt: Außenminister und damit zweiter Mann der Exekutive wird M.S. Krishna, der langjährige Ministerpräsident von Andhra Pradesh. Das Finanzressort leitet künftig Pranab Mukherjee; Inneres P. Chidambaram; Transport und Straßenbau Kamal Nath und Verteidigung A.K. Antony. Die Schlüsselressorts sind somit mit erfahrenen Akteuren betraut, wobei auffällt, dass auch Südindien stark repräsentiert ist, was zu früheren Zeiten in der Zentralregierung in Neu Delhi kaum der Fall war.

### Herausforderungen für das Regierungshandeln 2009-2014

Auf die neue Regierung Singh warten zahlreiche Aufgaben, die zum Wohl des indischen Milliarden-Volkes dringend einer Bewältigung harren: Indien ist das Land auf unserem Planeten, dass nicht nur die höchste Anzahl an Millionären aufweist, sondern auch die größte Massenarmut. 300 Millionen Menschen leben hier am bzw. unter dem Existenzminimum, d.h. sie verfügen über weniger als zwei Dollar am Tag. Das soziale Elend in den städtischen Slums sowie in vielen ländlichen Gebieten ist augenfällig und erschreckend. Die von Manmohan Singh bereits 1991 entworfene *New Economic Policy* (NEP) mit ihren Liberalisierungs- und Deregulierungsmaßnahmen ohne jede soziale Abfederung sowie die neue

Grüne Revolution, die viele Kleinbauern zu Saisonarbeitern degradiert oder sie zur Land-Stadt Migration gezwungen hat, trug ihren Teil dazu bei. Die jüngsten staatlichen Sozialprogramme (s.o.) in der Endphase der Vorgängerregierung signalisieren ein Problembewusstsein der politischen Akteure und einen positiven Kurswechsel in der staatlichen Sozial-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik.

Das immer noch gewaltige Heer von Analphabeten – ein Drittel aller Inder kann nicht lesen und schreiben – dokumentiert einen enormen Bedarf an allgemeiner Alphabetisierung der Bevölkerung, vor allem der weiblichen. Die jahrzehntelange Priorität von Elitförderung führte zur Rekrutierung eines großen Reservoirs hochqualifizierter „Human Resources“ wie Ingenieuren, Medizinerinnen, Naturwissenschaftlern, Juristen u.a., doch auch zu einer erschreckenden Vernachlässigung des staatlichen Primarbildungssektors: In vielen Unionsstaaten, vor allem Nordindiens, sind die Schulen in einem katastrophalen Zustand: die Schulbänke und Tafeln beschädigt, die Lernmittel veraltet, die Lehrer unterbezahlt und entsprechend motiviert; oft sind die Lehrer selbst miserabel ausgebildet, antiquierter Frontalunterricht die vorherrschende Didaktik, körperliche Misshandlung der Schüler an der Tagesordnung. Kinder wohlhabender Mittel- und Oberschichten finden in den zahlreich aus dem Boden sprießenden privaten Bildungseinrichtungen, Boarding Schools, nach westlichem Vorbild geführten Schulen, Kindertagesstätten und Internaten exzellente Alternativen, die ihnen einen künftigen Hochschulzugang, ein erfolgreich absolviertes Studium und einen lukrativen Arbeitsplatz garantieren. Doch der Masse finanziell geringer bemittelter Eltern bleibt diese Möglichkeit des neuen dualen Bildungssystems verschlossen. Hier besteht dringend Reform- und Modernisierungsbedarf – der staatliche Bildungssektor muss unbedingt

finanziell und qualitativ besser ausgestattet werden.

Ähnliches gilt für das Gesundheitswesen. Auch hier gibt es in Indien einen oft unterversorgten, mit sehr bescheidenen Mitteln arbeitenden staatlichen Sektor, und einen hochmodernen privaten, der durch ausgezeichnete Kliniken, bestbezahlte und hochkompetente Ärzteschaft, motiviertes und gutdotiertes Pflegepersonal, Pharmazie und Medizin-Technologie auf Weltniveau glänzt. Staatliche Krankenhäuser hingegen zeigen sich nicht selten in einem skandalösen, miserablen Zustand *in puncto* Hygiene-Bedingungen, Bettenzahl pro Zimmer, veralteter oder nicht-existenter Medizin-Technik und Medikamenten-Ausstattung. Im ländlichen Raum fehlt es sogar häufig an jedweder medizinisch-kompetenter Versorgung; in manchen Gegenden gibt es überhaupt keine Ärzte, findet sich in einer ärmlichen „Gesundheitsstation“ nur eine Hilfs-Krankenschwester oder ein Kräuter-Quacksalber. Die Rekrutierung qualifizierter Ärzte im Jahrtausende lang bewährten Ayurveda-Bereich, die Lücken füllen könnten, wird ebenfalls stark vernachlässigt.

Die Kluft zwischen Arm und Reich in Indien zementiert sich somit auch im Bildungs- und im Gesundheitssektor: Wer Geld hat schickt seine Kinder auf gute private Schulen/Universitäten und lässt sich medizinisch exzellent versorgen; wer wenig Geld hat, bleibt Analphabet, ohne einkommensträchtigen Job und krank oder stirbt, weil er Medikamente und Operation nicht bezahlen kann. Hier muß die Regierung während der nächsten Jahre unbedingt aktiv gegensteuern und die staatlichen Bildungs- und Gesundheitsbranchen monetär und qualitativ signifikant besser ausstatten als bisher.

Da die indischen Städte unkontrolliert und mit enormer Dynamik anwachsen und die Konzentration der Großgrundbesitz-Strukturen in ru-

ralen Gebieten fortschreitet, steht dringend an die ländliche Kleinbauernschaft durch zentrale Förderprogramme zu stärken und damit die Land-Stadt-Migration einzudämmen.

Die Lebensbedingungen in den städtischen Slums müssen im Hinblick auf Hygiene-Bedingungen, Wohnraum, Wasserversorgung, Arbeitsbeschaffung, medizinische Versorgung und Bildung der Kinder deutlich verbessert werden. Der Umwelt- und Ressourcenschutz benötigt eine gesteigerte Förderung; ebenso die Modernisierung der Transport- und Verkehrsinfrastruktur, die in ihrem oft noch immer mäßigen, schadhafte Zustand einen gravierenden Hemmschuh für die nationale Entwicklung und die Aquse ausländischer Investoren darstellt.

Mädchen und Frauen brauchen eine pointiertere staatliche Förderung in Sachen Bildung, gesundheitlicher Aufklärung, Gleichstellung und Emanzipation. Die liberale Marktwirtschaft, die mit der NEP viele Jahre einen blanken Manchester-Kapitalismus mit schlimmen sozialen und ökologischen Folgen realisierte, sollte sukzessiv in eine soziale Marktwirtschaft umgewandelt werden.

Außenpolitisch steht die Friedenspolitik mit dem Nachbarn Pakistan, die Perpetuierung der Verbesserung der Beziehungen zur VR China sowie der Ausbau der Rolle Indiens als friedlicher, einflussreicher und ökonomisch potenter regionaler und globaler Akteur ganz oben auf der Agenda indischen Regierungshandelns.